oben links: Kurt Pohle (ca. 1960); oben rechts: Fritz Baade; unten links: Friedel Ahrens (1966); unten rechts: Rudolf Katz

Friedel Ahrens (geb. 1908)

Auf einem Photo der Stadtverordneten im Jubiläumsjahr Reinbeks 1963 sitzt als einzige Frau unter lauter Männern Friedel Ahrens; ähnlich erging es ihr viele Jahre als einzige Frau im Kreisausschuß des Kreises Stormarn. Sie war keine „Alibifrau", selbst das glaubten viele Männer damals noch nicht nötig zu haben; sie war wie selbstverständlich aufgrund ihrer Herkunft, ihres persönlichen Umfelds und ihres Engagements in führende politische Funktionen gekommen.

Geboren am 10. März 1908 in Lehe (Bremerhaven) als Kind einer sozialdemokratischen Familie, der Vater hatte den „Konsum" in Bremerhaven mit aufgebaut, verlebte Friedel Felst Kindheit und Jugend von 1911 bis 1923 in Hamburg, dann bis 1928 in Geestemünde. Nach Schule und Handelsschule war sie schon sehr früh in der Arbeiterbewegung engagiert, trat 1926 in die SPD ein, war Hauptkassiererin in Lehe und Umgebung und nahm 1928 in Hamburg im Büro der Arbeiterjugend ihre berufliche Tätigkeit auf. Am 9. Mai 1933 wurde sie dort mit anderen wegen angeblicher Veruntreuung staatlicher Gelder verhaftet, nach drei Monaten Untersuchungshaft wurde das Verfahren eingestellt. Danach ging sie mit Bernhard Ahrens, den sie 1936 heiratete, für einige Zeit nach Heilbronn, eine Vorsichtsmaßnahme, um einer eventuellen Verhaftung durch die Gestapo zu entgehen. Nachdem beide nach Hamburg zurückgekehrt waren, folgten Jahre der Arbeitslosigkeit, aber auch der Verbindung zu illegalen Gruppen. 1943 in Hamburg ausgebombt, zog die Familie Ahrens nach Reinbek zu den Eltern Felst.

Nach der Befreiung vom Nationalsozialismus fanden die Eheleute Ahrens in Reinbek Kontakt zu Sozialdemokraten, die schon vor 1933 in diesem Ort aktiv gewesen waren. Bernhard Ahrens wurde Mitglied der ersten gewählten Gemeindevertretung Reinbeks (September 1946) und auch des ersten gewählten schleswig-holsteinischen Landtags (Mai 1947). Friedel Ahrens kam im Oktober 1948 in den Stormarner Kreistag, dem sie dann 18 Jahre angehören sollte.

Für Friedel Ahrens wurden es mit Arbeit ausgefüllte Jahre, als Hausfrau und Mutter zweier Kinder auch noch politisch tätig zu sein. Und es kam noch mehr dazu: Bernhard Ahrens zog es als Parlamentarier nach Kassel, für ihn rückte Friedel im August 1951 in die Gemeindevertretung nach. Und von 1953 bis 1966 arbeitete sie dann auch noch als Redaktionssekretärin in Hamburg.

In Stormarn über zwei Wahlperioden Vorsitzende des Schul- und Kulturausschusses, hat sie dort die ersten Kreis- Kultur-Wochen organisiert; in drei Wahlperioden Vorsitzende des Jugendwohlfahrtsausschusses und später auch Vorsitzende des Sportbeirats, hat sie dem Sport und der Jugendarbeit Unterstützung und kräftige Impulse gegeben, für neue Sportstätten gesorgt und den Kreiswandertag mit initiiert.

Reinbek wurde 1952 zur Stadt erhoben. Friedel Ahrens war von Beginn an Mitglied des Magistrats, dem sie dann bis 1974 angehörte. Ihre besondere Sorge als Reinbeker Kommunalpolitikerin galt dem sozialen Bereich, vor allem aber der Jugend

und dem Schulwesen. Darüber hinaus leitete sie elf Jahre (bis 1966) den SPD-Ortsverein. 1970 durfte sie miterleben, daß ihre Partei erstmals seit 1948 wieder die stärkste Fraktion im Reinbeker Parlament stellte. Im Dezember des gleichen Jahres erkrankte sie schwer, viele Monate mußten ihre Freunde um sie bangen, aber sie erholte sich gut.

1974 kandidierte sie nicht mehr für ein politisches Amt, nahm Abschied von der aktiven Politik, aber nicht von ihrer Arbeit für andere Menschen. Die Arbeiterwohlfahrt, der sie schon vor 1933 angehört hatte, bot ihr eine neues Feld der Mitarbeit.

Alfred Schulz

Fritz Baade (1893–1974)

In der Kieler SPD und auf Landesebene in Schleswig- Holstein nannte man ihn *„den Professor"*. Selbst in dem in der SPD vertrauten *„Du"* oder *„Fritz"* klang immer eine respektvolle Anerkennung mit, wenn von ihm die Rede war.

Fritz Baade wurde 1893 geboren und studierte nach dem Abitur (1912) Philologie, Theologie und Medizin. 1918 wurde er Mitglied in der USPD, trat aber dann in die SPD ein. 1918/19 war er Vorsitzender des Arbeiter- und Soldatenrates Essen. 1924 arbeitete er für die SPD agrarpolitische Richtlinien aus und hielt 1927 auf dem SPD-Parteitag in Kiel ein Grundsatzreferat zur selben Problematik. 1929 wurde Baade zum Reichskommissar bei der Getreide- Handelsgesellschaft in Berlin berufen, 1930 in den Reichstag gewählt.

Dem „Ermächtigungsgesetz" für Hitler widersetzte sich Baade mit seinem Häuflein sozialdemokratischer Kolleginnen und Kollegen. Auch er wurde aus der Politik vetrieben und zog sich auf eine kleine Havel-Insel bei Berlin zurück, wo er sich vornehmlich als Landwirt durchschlug. Die Havel-Idylle dauerte nicht lange. Der wissenschaftliche Ruf und die politische Kompetenz des damals 41jährigen waren international gefragt. 1934 wurde er von der türkischen Regierung zum Chefberater in Fragen des Außenhandels berufen. Als Staatspräsident Kemal Atatürk plötzlich verstarb, verlor Baade seinen Regierungsauftrag. Er baute sich eine neue Existenz auf – als Berater einer Kistenfabrik. Über diese Zeit sagte er später: *„Mit Hilfe einer Kistenprüfmaschine ist es mir möglich gewesen, einige Erfindungen auf dem Gebiet der rationellen Herstellung von Sperrholzkisten zu machen. Dadurch habe ich der Türkei im Laufe einer Anzahl von Jahren Einfuhren von Kistenholz im Werte von 3 Millionen Dollar erspart."*

Der Politiker und der Wissenschaftler gehörten immer zusammen. Als er im Winter 1947/48 nach Kiel kam, war es die Zeit, als für Normalverbraucher eine tägliche Ration von weniger als 1.500 Kalorien vorgesehen war. Das Weltwirtschaftsinstitut der Universität lag in Trümmern. Baades Aufgabe war es, das Institut wieder aufzubauen und mit neuem Leben zu füllen. Von 1946 bis 1948 führte er ebenfalls wirtschafswissenschaftliche Arbeiten für das US-Repräsentantenhaus aus.

Gleichzeitig wirkte er als Vertreter des Landes Schleswig-Holstein im Verfassungsausschuß der Ministerpräsidenten der westlichen Besatzungszonen mit. Dadurch gehörte Fritz Baade zu den Vätern des Grundgesetzes.

Ein Hauptziel seiner Politik war aber der Kampf gegen die Demontagepolitik der Westalliierten: *„Es war für mich eine große Freude, als ich gleich zu Beginn meiner Tätigkeit als Abgeordneter Schleswig-Holsteins im ersten Deutschen Bundestag zusammen mit Kurt Schumacher zu dem damaligen Hohen Kommissar gehen und ihm darlegen konnte, wie verkehrt die Demontagepolitik gerade vom amerikanischen Standpunkt wäre. Schon kurze Zeit später hat sich auch Mc Cloy* [damaliger Hoher Kommissar der US-Regierung; d. Verf.] *für eine amerikanische Deutschlandpolitik eingesetzt, die dem größten Teil der Demontagen ein Ende machte und Beschränkungen der deutschen Friedensindustrie aufhob."* Baades Politik rettete zehntausende Arbeitsplätze. So schrieben ihm die „Vereinigten Stahlwerke": *„Wenn jetzt der deutschen Eisenwirtschaft wertvollste Produktionsstätten erhalten geblieben und viele tausend Arbeitsplätze gerettet worden sind, so ist das im wesentlichen Maß auch Ihr Verdienst."*

Der Kieler Weltbürger und Bundestagsabgeordnete war auch ein bedeutender Autor. Sein Buch *„Der Wettlauf zum Jahr 2000"* wurde in sechs Sprachen übersetzt. Das Buch beschäftigt sich allgemein verständlich, dennoch wissenschaftlich fundiert, damit, daß es der Mensch selber in der Hand hat, seine Zukunft in ein Paradies oder in die Selbstvernichtung zu verwandeln. Kritiker sagten dem Werk nach, es vermittele ein *„schöpferisches und kunstruktives Weltbild"*. Baade schrieb u. a.: *„Wem ein Sohn, eine Tochter oder ein Enkelkind geboren wird, sollte sich bewußt sein, daß dieses Kind im Jahre 2000 erst 40 Jahre alt sein wird, und sollte sich vornehmen, alle seine Kräfte dafür einzusetzen, daß die Welt des Jahres 2000, die unsere Kinder und Enkel erreichen werden, eine Welt sein wird, in der es eine Freude ist, zu leben."* Zur Zeit, da diese Erinnerung an den Sozialdemokraten Fritz Baade geschrieben wird, sind es noch zwölf Jahre bis zum Jahr 2000 . . . .

Baade privat – Das war der Großvater von sieben Enkeln, das war der begeisterte Steinschleifer, dem die künstlerische Gestaltung in die Hand gegeben war. Das war der Ehemann, der stets darauf hinwies, daß es seine Frau gewesen war, auf deren Initiative das Haus „Weltclub" am Kieler Hindenburgufer durch seinen Freund Theodor Heuss als Bundespräsident eröffnet wurde. Dieses Haus dient bis heute als Wohnstätte für Forscher aus aller Welt, die am Institut für Weltwirtschaft arbeiten.

Fritz Baade starb am 15.5.1974

Rolf Selzer

Paul Böhm (1891–1954)

Als es 1945 um einen demokratischen Neubeginn in Neumünster ging, war er sogleich zur Stelle: Paul Böhm. Er hatte sich schon vor 1933 als engagierter Gewerkschaftler und Sozialdemokrat und als erfolgreicher Kommunalpolitiker einen Namen gemacht. 1891 im schlesischen Schweidnitz geboren, war Paul Böhm über die Marine in den Norden gekommen, arbeitete ab 1913 als Maschinenschlosser bei der Torpedowerkstatt in Kiel und schloß sich im selben Jahr der Metallarbeitergewerkschaft und der SPD an. Nach dem 1. Weltkrieg fand er 1919 als Schlosser beim Reichsbahnausbesserungswerk in Neumünster einen neuen Arbeitsplatz. Zugleich setzte er sich für die junge, vielfach gefährdete Demokratie von Weimar ein. 1920 wurde er mit 29 Jahren zum Vorsitzenden des Metallarbeiterverbandes und zwei Jahre später in den Kreisvorstand der SPD gewählt. 1924 zog er als Stadtverordneter ins Rathaus ein und gehörte ab Januar 1927 als ehrenamtlicher Stadtrat dem Magistrat an.

Schon in diesen Jahren galt sein kommunalpolitisches Engagement den Sozial- und Wohlfahrtsproblemen und der Jugendpolitik. Bei der letzten halbwegs demokratischen Wahl in Deutschland (12. März 1933) wurde er wieder ins Stadtparlament gewählt, auch als ehrenamtlicher Magistrat. Doch die Nationalsozialisten entzogen den gewählten Sozialdemokraten kurzerhand die Mandate. Eine Welle der Verfolgung begann. Paul Böhm verlor nicht nur seine politischen Ämter, er fand, wie die übrigen demokratischen Gewerkschaftler, am 2. Mai auch das Gewerkschaftshaus von den Nationalsozialisten besetzt. Er selbst wurde an diesem Tag an seinem Arbeitsplatz verhaftet und für einen Monat in „Schutzhaft" genommen, wie es damals verniedlichend hieß. Die Reichsbahn kündigte ihm fristlos und lehnte eine Wiedereinstellung später mit der Begründung ab, daß *„die politische Polizei staatsfeindliche Einstellung bei Böhm bejaht"*. So begann für Paul Böhm eine schwierige Zeit mit längerer Arbeitslosigkeit, unterbrochen von Gelegenheitsarbeiten bei Baufirmen, bis er schließlich ab 1935 bei einer Maschinenfabrik wieder in seinem Berufsfeld Arbeit fand. Die zwölf Jahre nationalsozialistischer Herrschaft konnten ihn weder physisch noch psychisch brechen.

So gehörte Paul Böhm 1945 zu den „Männern der ersten Stunde". Beim Wiederaufbau der SPD übernahm er sogleich eine Führungsrolle, vor allem aber widmete er sich dem Aufbau der Stadtverwaltung. Paul Böhm trat in die Dienste der Stadt ein, als die Not der Menschen am größten war. Zunächst war er Angestellter, ab Dezember 1945 Verwaltungsrat, ab April 1946 Stadtdirektor und ab Juni 1950 hauptamtlicher Stadtrat.

In diesen Jahren widmete er sich mit großer Energie und Hingabe den schwierigsten kommunalen Aufgabenbereichen: Wohnungswesen, Sozialfürsorge, Jugend, Flüchtlingsbetreuung und Gesundheitswesen. Die Probleme waren riesig und die Mittel zur Lösung bescheiden. In seiner direkten, unkomplizierten Art ging er die Probleme an, sachkundig aus eigenen

schweren Erfahrungen, unbestechlich und geradlinig, selbst bescheiden und ohne Eitelkeit.

Paul Böhm, der „Sozialstadtrat" von Neumünster, starb am 22.9.1954.

Karl-Heinz Harbeck

Otto Gramcko (geb. 1901)

Otto Gramcko gehörte dem schleswig-holsteinischen Landtag seit 1947 über fünf Wahlperioden an, Mitglied des Stormarner Kreistags war er seit 1948 sogar sechs Wahlperioden lang. Acht Jahre war er Vorsitzender des Stormarner SPD-Kreisverbandes.

Er war – wie so gesagt wurde – einer der Politiker der ersten Stunde der schleswig-holsteinischen SPD und war an wichtiger Stelle politisch aktiv bis in eine Zeit, die noch heute sehr gegenwärtig ist.

Otto Gramcko wurde am 6. Oktober 1901 in Hamburg geboren. Er kam früh zur Arbeiterbewegung, zur Sozialistischen Jugend, wurde Mitglied der USPD, ging bei ihrer Auflösung mit ihrem linken Flügel zur KPD. Er verließ diese Partei, nicht zuletzt wegen der stalinistischen Entwicklung in der Sowjetunion und schloß sich 1931 der Sozialdemokratie an.

Der Volksschüler Otto Gramcko hatte eine kaufmännische Lehre absolviert, er arbeitete dann als Angestellter. Bereits mit 18 Jahren wurde er Mitglied des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB).

Von 1940 bis 1945 war er als Soldat im Kriegseinsatz. 1943 wurde seine Wohnung bei den verheerenden Luftangriffen auf Hamburg total zerstört. Seitdem war seine Familie in Stormarn ansässig. Nach dem Krieg arbeitete Otto Gramcko als Versicherungsangestellter. Er wurde Mitglied der ÖTV im Deutschen Gewerkschaftsbund.

Er hatte sich bereits im November 1945 wieder der SPD angeschlossen und arbeitete in der Partei wie in den Vertretungskörperschaften in wichtigen Funktionen mit. Von 1945 bis 1951 gehörte er der Gemeindevertretung in seinem Wohnort Bünningstedt an. Bereits 1947 stellte ihn seine Partei als Kandidaten für die erste Landtagswahl auf und er wurde Abgeordneter als einer von insgesamt vier direkt gewählten Stormarner SPD-Kandidaten.

Unter der Losung *„Heraus aus dem Elend"* errang die SPD mit 43 von insgesamt 70 Sitzen die eindrucksvolle Mehrheit im Parlament. Als Mitglied der Regierungsfraktion hatte Gramcko Anteil an der Aufbauleistung der sozialdemokratischen Landesregierung in einem zerrütteten und von Flüchtlingen überfüllten Land.

1950 erlitt die SPD eine schlimme Wahlniederlage. Der Hauptgrund war, daß viele Flüchtlinge nicht mehr die SPD, sondern den neu gegründeten *„Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten"* (BHE) gewählt hatten, der auf Anhieb 15 Mandate errang. Die SPD blieb zwar mit 19 Mandaten stärkste Fraktion, aber sie mußte gegenüber CDU, BHE, FDP und DP

in die Opposition gehen. Der erhebliche Rückgang der SPD-Stimmen kostete Otto Gramcko das Mandat. Erst 1954 kehrte er in den Landtag zurück.

Aber bereits vorher, bei der Kommunalwahl am 24.10.1948 hatte er im Stormarner Kreistag ein weiteres Mandat erringen können. Die Pattsituation dort, 22 SPD-Abgeordnete auf der einen, 17 CDU- und fünf FDP-Abgeordnete auf der anderen Seite, verhinderte am 28.4.1950 eine Mehrheit für einen der zwei Kandidaten für das Amt des Kreispräsidenten. Das Los mußte entscheiden. Otto Gramcko hatte Fortuna auf seiner Seite und wurde der erste Stormarner Kreispräsident. Der vom Losglück begünstigte Gramcko hatte gleich darauf selbst ein Los zu ziehen: Bei der Wahl des ersten hauptamtlichen Landrats entsprechend der neuen Kreisordnung ergab sich ebenfalls keine Mehrheit. Kreispräsident Gramcko – die Hand habe ihm dabei gezittert, erzählte er später – war erneut mit Fortuna im Bunde und zog den Kandidaten seiner Partei: Wilhelm Siegel

Mit der Wahl am 29.4.1951 kam es zu einer Mehrheit von Stormarner Wählervereinigung (CDU und FDP) und BHE im Kreistag. Gramcko verlor das Amt des Kreispräsidenten, wurde aber als Vorsitzender des Jugendpflegeausschusses Mitglied im Kreisausschuß. Sein parlamentarisches Hauptgeschäftsfeld jedoch wurde die Verkehrspolitik, im Landtag wie im Kreistag. Im Landtag war er verkehrspolitischer Sprecher seiner Fraktion.

Ein besonderes Steckenpferd Gramckos war der Radwegebau, davon ließ er sich auch durch boshafte Zwischenrufe, es gebe keine Radfahrer mehr, nicht abbringen; auch mit seiner Forderung nach Radwanderwegen sah er eine später einsetzende starke Bewegung voraus. Er warnte schon 1959 vor den negativen Folgen der Stillegung von Bundesbahnstrecken. 1962 mahnte er die Elektrifizierung der Eisenbahn in Schleswig-Holstein an, eine Forderung, die heute immer noch aktuell ist.

Andererseits war die Nord-Süd-Straße (heute B 404) seiner Meinung nach unzureichend ausgebaut; erst seit kurzem hat diese Straße zu einem großen Teil vier Spuren. Heute wird der forcierte Straßenbau anders beurteilt. Für Gramcko war das damals eine Voraussetzung für eine Verbesserung der wirtschaftlichen Situation, vor allem für die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Die Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeiter war für ihn Motiv auch in der Verkehrspolitik.

Sein politisches Credo hat er zur Landtagswahl 1950 so beschrieben: *„Im Jahre 1947 wurde ich von den Stormarnern in den Landtag gewählt. Ich habe wie von jeher in meiner jahrzehntelangen politischen Tätigkeit die Interessen der Schaffenden, der Notleidenden und der wirtschaftlich Schwachen vertreten."*

Otto Gramcko, der die Kreispartei in Stormarn von 1960 bis 1968 leitete, machte bewußt Platz für einen Neuanfang, der Ende der sechziger und Anfang der siebziger Jahre zu personellen und auch programmatischen Veränderungen, hier wie auch in der gesamten schleswig-holsteinischen SPD, führte.

Otto Gramcko, ein bescheidener Mensch, immer loyal ge-

genüber Freunden und der SPD, hat sich nach Ablauf seiner Funktionen und Mandate still und auch ohne den Versuch, seinen Nachfolgern dreinzureden, ins Privatleben zurückgezogen.

Alfred Schulz

Margarete („Toni") Jensen (1891–1970)

Margarete („Toni") Jensens Leben erstreckte sich über das Kaiserreich, die Weimarer Republik, die nationalsozialistische Herrschaft bis in die Demokratie der Bundesrepublik Deutschland.

Toni Jensen wurde am 25. September 1891 in Kiel geboren. Ihre Familie war aus Nordjütland (Dänemark) nach Kiel gekommen. Ihr Vater, der sich auf der Germania-Werft „emporarbeitete", wollte es mit seiner Familie „zu etwas bringen". Toni, als ältestes von sechs Kindern, wurde daher bei der Hausarbeit und der Erziehung der anderen Geschwister stark mit eingespannt. Sie war sehr ehrgeizig, besuchte die Mittelschule und von 1908 bis 1911 das Königliche Lehrerinnenseminar im heute dänischen Augustenburg. Danach arbeite sie als Volksschullehrerin in Gelsenkirchen und später in in ihrer Heimatstadt Kiel.

Seit 1919 war sie sozialdemokratische Stadtverordnete in Kiel und wurde 1921 für ihre Partei in den preußischen Landtag in Berlin gewählt. Dort hatte sie Kontakt mit vielen wichtigen Persönlichkeiten, die sie stark beeinflußten, so z. B. mit dem Theaterregisseur Max Reinhardt, dem Dirigenten Bruno Walter, dem Schriftsteller Berthold Brecht und dem langjährigen Ministerpräsidenten Otto Braun.

Toni Jensens Arbeit im preußischen Landtag war erfolgreich. Sie bewirkte, daß eine der drei ersten pädagogischen Akademien, in denen Preußen ab 1926 seine Volksschullehrer ausbildete, nach Kiel kam. 1928 wurde ein weiteres von ihr gefordertes Projekt Wirklichkeit: die Internats- Volkshochschule für Arbeiter in Harrisleefeld bei Flensburg. Gegen Ende der Weimarer Republik wurde sogar erwogen, sie als erste preußische Oberpräsidentin in ihrer Heimat Schleswig-Holstein zu berufen.

Dazu konnte es aufgrund der Machtübertragung an die Nationalsozialisten im Jahre 1933 nicht mehr kommen. Toni Jensen wurde aus ihrem Beamtenverhältnis als Lehrerin entlassen und zog sich aus dem gesellschaftlich- öffentlichen Leben der Stadt Kiel zurück. Wirtschaftliche Not blieb ihr erspart. Es stand eine kleine Pension zur Verfügung, das Vermögen der Eltern brachte ebenfalls materiellen Zugewinn. Außerdem versammelte sie eine größere Zahl von Privatschülern um sich, die sie vor allem beim Erwerb der englischen Sprache förderte.

Als 1945 das „Tausendjährige Reich" nach einem „totalen Krieg" für jedermann sichtbar auch „total" zusammengebrochen war, schlug erneut die Stunde der Bildungs- und Kommunalpolitikerin Toni Jensen. Zusammen mit dem sozialdemokratischen Oberbürgermeister Andreas Gayk (1893- 1954) ging

sie ans Werk, Trümmer zu beseitigen und geistige Erneuerungsakzente zu setzen. Als Stadtschulrätin widmete sie sich besonders schulreformerischen Ansätzen. Besonders am Herzen lag ihr die Begabtenförderung in aller Breite ebenso wie das Ganztags-Schulprogramm. Während der Kieler Woche 1952 organisierte sie ein internationales Treffen zum Thema Schulneubau.

Toni Jensen wirkte in Kiel ebenfalls als Kulturdezernentin. Unter ihrer Regie wurde das im Krieg fast völlig zerstörte Opernhaus neu aufgebaut und 1951 der Kieler Kultursenat ins Leben gerufen, der u. a. die Statue *„Der Geistkämpfer"* des ehemals „entarteten" Künstlers Ernst Barlach (1870-1938) nach Kiel zurückholen ließ.

Nach ihrer Pensionierung arbeitete Toni Jensen politisch weiter. Zwei Jahre lang war sie ehrenamtliche Stadträtin für Berufs- und Fachschulen und noch sieben Jahre Ratsfrau.

Toni Jensen lebte nach dem Motto Albert Schweitzers *„Das wenige, daß du tun kannst, ist viel."* Sie starb 1970. Eine Schule auf dem Kieler Ostufer trägt ihren Namen und erinnert damit an diese verdiente Kommunalpolitikerin.

Martin Schwab

Rudolf Katz (1885–1961)

Dr. Rudolf Katz war von 1947 bis 1950 Justizminister der sozialdemokratischen Landesregierung von Schleswig-Holstein. Schwerpunkt seiner Tätigkeit waren verfassungspolitische Themen. Er war maßgeblich an der Formulierung der schleswig- holsteinischen Landessatzung beteiligt und hat als Mitglied des Parlamentarischen Rates auch maßgeblich an der Verabschiedung des Bonner Grundgesetzes mitgewirkt.

Ein besonderes Anliegen war ihm dabei die Schaffung demokratischer Strukturen. So war er einer der Hauptwortführer für die Einführung des konstruktiven Mißtrauensvotums. Im Parlamentarischen Rat verhinderte er zusammen mit Theodor Heuss die Einführung des Plebiszits in das Grundgesetz.

Rudolf Katz zeichnete sich durch Verbindung staats- und verfassungsrechtlicher Kenntnisse mit der Kompetenz zur Lösung praktischer Probleme aus. Überliefert ist insbesondere seine große Fähigkeit, in schwierigen Fragen einvernehmliche Lösungen zu finden. *„Wie ein Zauberer das Karnickel aus dem Zylinder"*, stellte sein Ministerpräsident Hermann Lüdemann fest, *„holte Katz in kontroversen Debatten den Kompromiß aus der Tasche."*

Ein Jahr nach dem Rücktritt der sozialdemokratischen Landesregierung im Jahre 1950 – er war Abgeordneter des Landtags geblieben – wählte der Bundesrat ihn zum Vizepräsidenten des neugegründeten Bundesverfassungsgerichts. Er füllte diese Aufgabe, die mit dem Vorsitz des Zweiten Senats verbunden war, annähernd zehn Jahre bis zu seinem Tode am 23. Juli 1961 aus.

Auch in dieser Position stand für ihn der Ausgleich widerstreitender Interessen im Vordergrund. Er bezeichnete einmal

die *„politisch integrierende Aufgabe"* des Bundesverfassungsgerichts als eine der wesentlichsten Aufgaben dieser Institution.

In der Ansprache zu seiner Beisetzung sagte der ehemalige Hamburger Bürgermeister Max Brauer: *„Man konnte keinen treueren Hüter für die demokratische Verfassung wählen."*

Rudolf Katz wurde am 30. September 1885 als Sohn eines jüdischen Lehrers in Pommern geboren und hat seine Jugendzeit in Kiel verlebt. Nach dem Ersten Weltkrieg, an dem er als Offizier teilnahm, wurde er 1919 Mitglied des sozialistischen Studentenbundes. Die Professoren Jellinek und Radbruch übten großen Einfluß auf ihn aus. Nach Abschluß seines rechtswissenschaftlichen Studiums ließ er sich in Altona als Rechtsanwalt nieder. Dort begann auch seine politische Tätigkeit. 1921 wurde er zum sozialdemokratischen Stadtverordneten gewählt und später Vorsitzender des Stadtverordnetenkollegiums. 1933 ging er ins Ausland, um der Verhaftung durch die Nationalsozialisten zu entgehen. Zunächst wurde er vom Völkerbund für ein Jahr als kommunalpolitischer Berater nach China entsandt. Danach war er als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Columbia-Universität in New York tätig. Schließlich war er, ebenfalls in New York, Redakteur der deutschsprachigen sozialdemokratischen „Neuen Volkszeitung" und seit 1938 Sekretär der amerikanischen Gewerkschaft American Federation of Labour.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges kam Rudolf Katz 1946 als Delegierter dieser Gewerkschaft nach Deutschland zurück. Hier setzte der Sozialdemokrat seine schon im Exil begonnene Arbeit gegen die These von der Kollektivschuld der Deutschen und für den Aufbau eines demokratischen deutschen Rechtsstaates fort.

Uwe Jensen

Fritz Sänger (1901–1984)

Er war so etwas wie der große alte Mann der deutschen Presse, der 1984 im Alter von 82 Jahren verstorbene ehemalige Bundestagsabgeordnete Fritz Sänger. 1901 in Stettin geboren, absolvierte er eine Ausbildung als Lehrer – und übte diesen Beruf nie aus. Stattdessen mußte Sänger 1920 vorzeitig für volljährig erklärt werden, um die Redaktion einer neuen Zeitung für Lehrer in Pommern übernehmen zu können. Und damit war der Lebensweg eines Vollblut-Journalisten vorgezeichnet.

Jahre der Tätigkeit vor allem für Lehrerzeitungen und als Funktionär in gewerkschaftlichen Lehrer- und Beamtenverbänden in Stettin, Magdeburg und schließlich Berlin folgten, bis die Nazis kamen. Sänger, seit 1920 Mitglied der SPD, wurde fristlos entlassen. Zunächst arbeitslos, gründete er 1934 mit zwei weiteren aus ihren bisherigen Positionen bei den Gewerkschaften entlassenen Journalisten ein Pressebüro. Drei herausgegebene Korrespondenzen dienten weniger dem Geldverdienen als vielmehr dem Zweck, Verbindung zu den ehemaligen Kollegen aufrecht zu erhalten. Eine der Korrespondenzen

wurde alsbald von der Gestapo beschlagnahmt. 1935 mußte das Unternehmen wieder aufgegeben werden; Geldmangel und politische Gefährdung waren zu groß geworden. Auch eine kurze Tätigkeit als Stenograph im Deutschen Nachrichtenbüro nahm auf Verlangen des NS-Propagandaministeriums ihr jähes Ende.

Im Oktober 1935 trat Sänger in die Berliner Redaktion der renommierten „Frankfurter Zeitung" ein, der er bis zu ihrem Verbot 1943 angehörte. Goebbels versprach sich von dem Weiterbestehen dieses insbesondere auch im Ausland hoch angesehenen liberalen Blattes eine beschwichtigende Wirkung: Das NS-Regime sei nicht so schlimm, wie es schiene, wenn die „Frankfurter" erlaubt blieb. Die Zeitung war bis zu ihrem Verbot ein Hort des lautlosen Widerstands gegen das NS-Regime, der Verbreitung sonst nicht zu erhaltener Informationen, des Schreibens „zwischen den Zeilen" in leisen Tönen – die Leser begriffen schnell. Den Jahren dieser Tätigkeit verdankt das Bundesarchiv in Koblenz die umfangreiche Sammlung von Materialien aus den Reichspressekonferenzen von Goebbels. Trotz strikten Verbots der Aufbewahrung überstanden die Unterlagen den Krieg in einem Torfversteck bei Gifhorn. Seitdem sind sie unerschöpfliche Quelle für Historiker. Sänger selbst hat einen Teil des Materials in seinem Buch *„Politik der Täuschungen, Mißbrauch der Presse im Dritten Reich"* (1975) verwendet.

Im Oktober 1945 wurde Sänger Chefredakteur der ersten Zeitung in den Westzonen in Braunschweig, gründete den „Sozialdemokratischen Pressedienst" neu und wurde Mitglied des Landtages. Gründungen und zahlreiche Ehrenämter folgten. 1947 wählten die Zeitungsverleger in der britischen Zone Sänger einstimmig zum Geschäftsführer und Chefredakteur des Deutschen Pressedienstes (dpd), der sich später mit den Nachrichtenagenturen der anderen Westzonen zur Deutschen Presseagentur (dpa) vereinigte. Damit schloß sich ein Kreis: Schon 1937 hatte der Widerstandskreis um Julius Leber, Carlo Mierendorff, Theodor Haubach und Wilhelm Leuschner, zu denen Sänger ständige Verbindung hatte, ihn für eine deutsche Nachrichtenagentur nach dem Ende des NS-Regimes vorgesehen. Sänger entwickelte die dpa zu einer freien Nachrichtenagentur von Weltruf.

Er hat einmal gesagt: *„Journalisten müssten notfalls bereit sein, ihren Hut zu nehmen, wenn sie die Unabhängigkeit ihrer Arbeit sichern wollen."* Fritz Sänger nahm 1959 seinen Hut, weil er nicht der Bonner Führung der Konservativen, sondern seinem Verständnis von Freiheit dienen wollte. Der Mann an der Spitze der dpa war dem Kanzler Adenauer ein steter Dorn im Auge; Adenauer wollte sich nicht von einem Mann „mit dem falschen Parteibuch" informieren lassen.

Angebote, als Minister in Hessen oder Niedersachsen, Berlin oder Hamburg einzutreten, lehnte Sänger ab und wurde stattdessen politischer Mitarbeiter im SPD-Vorstand in Bonn. Seine Aufgabe war es u. a., den ersten Entwurf zum Godesberger Programm auszuarbeiten.

Seit 1959 wohnte Sänger in Wedel/Holstein. Die schleswig-holsteinische SPD stellte ihn 1960 als Kandidaten für die Bundestagswahl 1961 im Wahlkreis 14 (Herzogtum Lauenburg) auf. Von 1961 bis 1969 war er Mitglied des Deutschen Bundestages und in dieser Zeit im Fraktionsvorstand, in den Ausschüssen für Auswärtiges, gesamtdeutsche Fragen, Kultur und Publizistik. Daneben war er in zahlreichen anderen Gremien tätig, u. a. im Deutschen Presserat und im Rundfunkrat des Deutschlandfunks.

1969 begann Sänger, seine zahlreichen Ehrenämter abzugeben; er kandidierte nicht wieder für den Bundestag, aber er schrieb weiterhin. Zahlreiche Artikel und Kommentare erschienen im „Vorwärts", im „Sozialdemokratischen Pressedienst" und in Büchern. 1978 erschien sein Buch *„Verborgene Fäden. Erinnerungen und Bemerkungen eines Journalisten"*. Es handelt sich dabei nicht um Memoiren im eigentlichen Sinne, sondern um schlaglichtartige Schilderungen von besonderen Begebenheiten in seinem Leben. Sänger war ein ständig gesuchter Gesprächspartner in presse- und rundfunkpolitischen Sendungen des Fernsehens und Hörfunks und erhielt den „Alexander- Zinn-Preis" für Verdienste um das Pressewesen der Hansestadt Hamburg.

Als Fritz Sänger starb, war die letzte Seite eines fast fertiggestellten aktuellen Kommentars für den „Sozialdemokratischen Pressedienst" in seiner Schreibmaschine eingespannt. Es wurde sein letzter Artikel.

Sein letztes Buch erschien erst nach seinem Tode: *„Der Freiheit dienen"*. Es sind kritische Kommentare zum Zeitgeschehen, ein Spiegelbild eines über sechs Jahrzenhte währenden unermüdlichen Schaffens als Journalist. Willy Brandt schreibt im Vorwort zu diesem Buch: *„Sein Leben lang hat Sänger für die Unabhängigkeit der Journalisten und die Freiheit des Wortes gestritten. Er hat den Journalisten von heute vorgelebt, daß dieser Beruf 'wie kaum ein anderer Mut zum Risiko verlangt'. Er hat sie ermuntert, mutig zu schreiben, die Dinge beim Namen zu nennen, sich gegen Unrecht zu wehren, dem Übermut der Bürokraten und der Arroganz der Macht Stirn zu bieten, für die Schwachen Partei zu ergreifen."*

Partei ergriffen hat Sänger zeit seines Lebens. Er hat bewiesen, daß es kein Widerspruch ist, Partei zu ergreifen und ein unabhängiger Journalist zu sein.

Jens Vollert

Kurt Pohle

Kurt Pohle – der vor 1933 „jüngste" Reichstagsabgeordnete der SPD kam Anfang 1946 nach Eckernförde, um hier das Amt eines Beauftragten zur Wiederherstellung der demokratischen Selbstverwaltung zu übernehmen. In dieser Funktion hat er nicht „umerzogen", sondern ist den Weg der Überzeugung gegangen.

Er wurde am 2.5.1899 in Forst/Lausitz geboren. Konfrontiert mit der sozialen Not der Arbeiter begehrte er schon in der

Schule gegen soziale Ungerechtigkeit und Unrecht auf und wurde zum Wortführer Gleichgesinnter. Nach dem Besuch der Volksschule erlernte er den Beruf eines Textilarbeiters. In Abendkursen vervollständigte er sein Wissen, entdeckte seine Liebe zum Journalismus und arbeitete für einige Zeit als Redakteur in Striegau (Schlesien). 1917 wurde Kurt Pohle eingezogen.

Seine entbehrungsreiche Jugend und die Erfahrungen an der Front veranlaßten ihn, sich 1919 der SPD anzuschließen. Er fühlte sich der Arbeiterschaft zugehörig und wollte deren Verhältnisse verbessern. Er trat der Arbeiterwohlfahrt, dem Arbeitersängerbund und dem Arbeitersportverein bei, wurde Mitglied im Textilarbeiterverband und im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Bereits 1929 vorübergehend Mitglied im Preußischen Landtag, wurde er 1930 in den Reichstag gewählt und blieb Abgeordneter bis zum bitteren Ende 1933: Am 23.3.1933 erteilte der Reichstag Hitler diktatorische Vollmachten, einen Tag später wurde Kurt Pohle verhaftet. Über das Polizeigefängnis Berlin kam er in das Konzentrationslager Breslau-Dürgoy, wo er bis zum 24.11.1933 eingesperrt wurde. Nach der Entlassung fristete er ein jahrelanges Dasein als Textilarbeiter. Kurt Pohle war religiöser Sozialist, und deshalb trafen ihn die Greueltaten der Nazis – die diese im Namen des Deutschen Volkes verübten – besonders schwer.

1939 wurde er einberufen, 1940 entlassen und 1944 noch einmal eingezogen. Während er Soldat war, kam seine Mutter bei einem Bombenangriff ums Leben und seine Wohnung wurde ausgebombt. Als er dann 1945 als Flüchtling nach Schleswig-Holstein kam, war er der festen Überzeugung, daß nur die SPD das Elend beheben könne und arbeitete sofort an dem Wiederaufbau der Partei mit.

1946 wurde er Vorsitzender des Katastrophenausschusses – unter den damaligen Bedingungen eine der verantwortungsvollsten Tätigkeiten. Es ging um die Versorgung der Bevölkerung, insbesondere mit Lebensmitteln, die oft nur für zwei Tage reichten. Weitere vordringliche Aufgaben waren die Bekämpfung von Krankheiten, das Verhindern von Seuchen und die Unterbringung der Flüchtlinge, die in immer größerer Zahl ins Land strömten.

Kurt Pohle gehörte zum ersten Kabinett Steltzer (April bis November 1946), wo er Vorsitzender des Ausschusses für Volkswohlfahrt (ab Juni: Minister) war. Dem zweiten Kabinett Steltzer (bis April 1947) gehörte er als Gesundheitsminister, dem folgenden Kabinett Lüdemann bis 1949 als Minister für Wohlfahrt, Arbeit und Gesundheitswesen an.

Es kann nicht alles dargestellt werden, was unter dem Minister Pohle erreicht wurde. Schon im August 1947 brachte er das Flüchtlingsnotgesetz ins Parlament ein. Dadurch sollte die gesetzliche Handhabe geschaffen werden, bei der Eingliederung von Flüchtlingen schnell und unbürokratisch zu helfen. In hunderten Versammlungen wurde der Inhalt des Gesetzes der Bevölkerung nahegebracht, denn Rundfunk und Fernsehen

standen zu dieser Zeit dafür noch nicht zur Verfügung. Pohle leitete die Umsiedlung der Flüchtlinge in andere Bundesländer ein und ließ in Plön ein Heim für Schwerstbehinderte errichten. Er schuf den Wirtschaftsfond für Flüchtlinge, durch den kleineren und mittleren Betrieben billige Kredite gewährt wurden und Handwerker die Möglichkeit hatten, sich selbständig zu machen. Durch das Gesetz zur Röntgenreihenuntersuchung wurde eine der damals gefährlichsten Krankheiten wirksam bekämpft.

1949 wurde Kurt Pohle in den Bundestag gewählt, wo er u.a. Vorsitzender des Kriegsopferausschusses war. Daneben hatte er noch eine Vielzahl Ämter in der schleswig-holsteinischen SPD und in der Arbeiterwohlfahrt inne.

Kurt Pohle starb 1961 an einer tückischen Krankheit. Die Stadt Eckernförde weiß, was sie ihm zu verdanken hat. Sie hat die Pflege seines Grabes übernommen, und eine Kurt-Pohle-Straße erinnert an diesen Politiker.

Kurt Schulz

Albert Schulz

Sucht man nach einem Parteisekretär im klassischen Sinn – Albert Schulz wird der letzte in Schleswig-Holstein gewesen sein. Danach wurde statt des Parteisekretärs der Geschäftsführer eingeführt.

Schulz war von 1953 bis 1963 stellvertretender Landesvorsitzender der SPD und zugleich „leitender Sekretär". Sekretär, daß hieß in der SPD für die „Linie" verantwortlich zu sein. Das hieß, Beschlüsse umsetzen, Agitation betreiben und die Partei nach außen vertreten. Der Parteisekretär war gleichsam so etwas wie der „geschäftsführende Vorsitzende". Sein Wort, zumal von Albert Schulz vertreten, galt in der Partei als Parole. Somit war der „leitende Sekretär" in der damaligen Struktur der SPD zumindest gleichrangig mit dem Vorsitzenden der Partei. Er war der verlängerte Arm Kurt Schumachers, damals noch aus Hannover, später des Parteivorsitzenden Erich Ollenhauer, noch später dann von Bonn aus. Wenn es Konflikte zwischen der Parteiführung in Bonn und der in Kiel gab – bekanntlich haben sie eine gewisse Tradition – war Albert Schulz der Mann des „Machtwortes". Er konnte im Zweifel Positionen des Bundesvorstandes in Schleswig-Holstein durchsetzen.

Es wäre jedoch falsch, Albert Schulz einen Mann der Macht zu nennen. Der kleine, etwas zurückhaltend wirkende Mann, ging sehr klug und wohl abgewogen mit seinen Befugnissen um. Er leistete Führungsarbeit im guten Sinne des Wortes und wurde - hinter dem Rücken, versteht sich – der „Preuße" genannt.

Dabei war Albert Schulz Mecklenburger von Geburt und aus Überzeugung. Als 15jähriger trat er der Arbeiterjugend bei, zwei Jahre später dem Metallarbeiterverband. Als 25jähriger, damals noch eine Sensation, wurde er stellvertretender Vorsitzender der SPD in Rostock und mit 34 Jahren Vorsitzender.

Kam man mit ihm ins Gespräch, erzählte er von sich selber. So war seine Aufbauarbeit des Reichsbanners im Bezirk Mecklenburg eine wichtige Station in seinem Leben. Und wütend wurde er, wenn er auf die Ohnmacht – „zaudern" nannte er es – der damaligen Arbeiterbewegung zu sprechen kam. Seiner Meinung nach hätte sie den offenen Kampf gegen die Nazihorden führen sollen. So lag er mit Sozialdemokraten seiner Generation im ständigen Streitgespräch darüber, welcher Weg wohl richtig gewesen wäre, ob man gar etwas versäumt oder verspielt hätte.

Der junge Rostocker wollte kämpfen gegen die Totalität. Seine kurzen parlamentarischen Erfahrungen sammelte Schulz im Landtag zu Mecklenburg und als Reichstagsabgeordneter. 1933 bedeutete für ihn, wie für alle Demokraten, ein vorläufiges Ende der politischen Arbeit in der Legalität. Er zog sich zunächst als Zigarrenmacher zurück, bis er zur Wehrmacht eingezogen wurde. Dort arbeitete er bis zum Zusammenbruch 1945 als Dienstverpflichteter bei der Luftwaffe.

Albert Schulz war im Sinne des Wortes ein Mann der Ersten Stunde. Er ging sofort an die Aufbauarbeit der SPD in Rostock. Am 1. Februar 1946 wurde er Erster Bürgermeister dieser Stadt. Seine Geradlinigkeit und sein Mecklenburger Sturkopf brachten ihn jedoch ständig in Konflikt mit der sowjetischen Besatzungsmacht. Schulz wurde schließlich verhaftet.

Nach seiner Entlassung kam es zur Zwangsvereinigung zwischen SPD und KPD zur SED. Schulz gehörte zu den erbittertesten Widersachern dieses nicht zusammenpassenden Gebildes. Er floh mit seiner Familie nach Hamburg. Dort arbeitete er für seinen persönlichen Freund Herbert Wehner. Die Trennung fiel beiden nicht leicht, als Albert Schulz am 1. Januar 1953 „leitender Sekretär" der SPD in Schleswig-Holstein wurde. Die Freundschaft zu Herbert Wehner hielt übrigens das ganze Leben.

Der Höhepunkt im Leben von Albert Schulz war wohl die Wahl seines Sohnes zum Ersten Bürgermeister von Hamburg. Als Albert Schulz Anfang der 70er Jahre starb, mußte die Beerdigung so gelegt werden, daß sein alter Freund Herbert Wehner daran teilnehmen konnte. Auch Helmut Schmidt, gerade zum Bundeskanzler gewählt, nahm auf dem Kieler Eichhof-Friedhof Abschied.

Rolf Selzer